

GRÜNER DISKURS

GRUNDWERT:

SOLIDARISCH

Diskussion mit:

Ulrike Lunacek

Vizepräsidentin des Europa-Parlaments

Kuno Haas

Geschäftsführer „Grüne Erde“

Moderation: Fritz Zaun



**DIE GRÜNE
BILDUNGS-
WERKSTATT**
NIEDERÖSTERREICH

DONNERSTAG,

1. OKT. 2015, 19:30h

GASTHOF KLINGLHUBER

Wiener Straße 2, 3500 Krems



GRÜNER GRUNDWERT:

SOLITARISCH

Solidarisches Handeln beruht auf der Einsicht in gemeinsame Interessen, auf der menschheitlichen Erfahrung der unverzichtbaren Rolle von Zusammenhängen gegenseitiger Hilfe und ist nicht an erwartete Gegenleistung gebunden. Die Verpflichtung zur Solidarität hat ihre Grundlage im Recht auf gleiche Chancen und Möglichkeiten zur Nutzung dieser Chancen für alle, im Recht auf gleichen Anspruch auf die natürlichen Lebensgrundlagen für alle, kurz im Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde für alle. Solidarität wird von den Grünen als weltweit verstanden, als künftige Generationen umfassend und nichtmenschliches Leben berücksichtigend.

Solidarität ist wesentliche Bedingung und Aufgabe eines Staates. Solidarisches Handeln kann nicht allein appellativ hergestellt werden, sondern erfordert Institutionalisierung, die gerechte Verteilung von Solidarleistungen und die Herstellung eines solidarischen Ausgleichs. Angesichts vielfältiger Entsolidarisierungstendenzen, wie sie sich aus bestehenden Herrschaftsverhältnissen ergeben, beinhaltet solidarisches Handeln auch den Aufbau von Fähigkeiten für gemeinsamen Widerstand und aktives Eintreten für bedrohte Interessen.

Die schweren Verletzungen des Solidaritätsprinzips seitens der westlichen Welt durch Ausbeutung, Kolonialisierung, Unterdrückung und Aufhäufung ökologischer Schulden gegenüber der so genannten Dritten Welt, verpflichten uns zu besonderer Verantwortung und Solidarität dieser gegenüber.

Wenn Spannungen unter Menschen, Gruppen oder Staaten nicht frühzeitig erkannt und gewaltfrei bearbeitet werden, können die Grundwerte Solidarität und Gewaltfreiheit in Widerspruch geraten. Im Falle der Solidarität mit Angegriffenen könnte auch Hilfe durch Gegengewalt gegenüber dem Angreifer erwartet werden. Wir Grüne sehen daher unsere solidarische Aufgabe vor allem darin, frühzeitig auf sich aufbauende Spannungen hinzuweisen und gewaltfreie Konfliktbearbeitung in Gang zu setzen.

Selbstbestimmung und Solidarität stehen potenziell in einem Spannungsverhältnis, solange nicht berücksichtigt wird, dass erst eine solidarische Verteilung der Ressourcen allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Solidarität spricht auch die Möglichkeit des Teilnehmens an allen Lebensbereichen an und schließt somit demokratische Prozesse mit ein, etwa das AusländerInnenwahlrecht oder betriebliche Mitbestimmungsrechte.

Beschlossen beim 20. Bundeskongress der Grünen am 7. und 8. Juli 2001 in Linz.